

Es tut sich was

Nach Jahrzehnten des Stillstands ist Bewegung ins österreichische Bildungswesen gekommen. Offen ist aber noch, ob es bloße Lockerungsübungen oder echte Systemumbauarbeiten sind.

Alle Jahre wieder beginnt in Österreich im September nicht nur ein neues Schuljahr, sondern auch das Wehklagen über den jährlichen Bericht der OECD über die AkademikerInnenquote. Dieser wird auch im September veröffentlicht und dokumentiert kontinuierliches Scheitern. 2006 titelte der Standard gar „Hinter Österreich liegt nur die Türkei“ während vor Österreich noch 23 andere Staaten in diesem Bildungsranking platziert waren. Die übliche Reaktion auf derart schlechte Nachrichten bestand in den letzten Jahren darin, die Universitäten mit Reformvorschlägen zuzuschütten: (keine) Studiengebühren, Autonomie, Studieneingangsphase, Aufnahmetests, (kein versteckter) Numerus Clausus und noch vieles mehr. Auf den Gedanken, das schlechte Ergebnis am höchsten Ende der Bildungslaufbahn als bloßes Symptom für ein als Ganzes kränkendes Bildungssystem zu interpretieren, kamen nur wenige.

Die Guten ins Töpfchen...

Ein Grund dafür mag die über 50 Jahre lang notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit für Schulgesetze gewesen sein: Universitätsreformen waren einfach leichter möglich, wie die Öffnung der Universitäten unter Hertha Firnberg in den 70er Jahren genauso wie die Wiedereinführung sozialer Zugangsbeschränkungen unter Elisabeth Gehrler im Jahr 2001 gezeigt hat. Seit dem Fall der Zwei-Drittel-Hürde im Parlament und im Fahrwasser der für Österreich ebenfalls wenig erfreulichen PISA-Ergebnisse ist allerdings auch Abseits der Universitäten einiges in Bewegung geraten: Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass sich die AkademikerInnenquote nur schwerlich erhöhen lässt, wenn große Teile potentieller Studierender bereits Jahre zuvor „aussortiert“ werden.

Die erste Zäsur findet bereits vor oder kurz nach Schulbeginn statt: Der Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache unter SonderschülerInnen ist signifikant höher als ihr Anteil in der Bevölkerung und Kindergartenbesuch erweist sich als Startvorteil für die spätere Schullaufbahn. Die entscheidende Weichenstellung aber – auch für den späteren Universitätsbesuch – findet in den meisten Gegenden Österreichs im Alter von zehn Jahren mit der Entscheidung zwischen Hauptschule oder Gymnasium statt. Insbesondere in den Städten machen nur die allerwenigsten HauptschülerInnen im

Anschluss noch Matura. BefürworterInnen einer gemeinsamen Schule der 10 bis 14jährigen verweisen deshalb sowohl auf die geringeren Umstiegsprobleme von Quasi-Gesamtschulen – „Landhauptschulen“ ohne benachbarte Gymnasien – als auch auf die Gesamtschulsysteme der Länder ganz oben im PISA-Ranking.

...die Schlechten ins Kröpfchen?

Nicht verändert haben sich auch in den letzten Jahren die Argumente der Gesamtschulgegner: Sie polemisieren gegen den „Einheitsbrei“ in der Gesamtschule und fordern ein „differenziertes“ Schulsystem um unterschiedlichen Begabungen Rechnung zu tragen. Neu ist hingegen, dass der Kampf um die Neugestaltung der voruniversitären Bildungseinrichtungen nicht mehr zwischen den Parteien, sondern innerhalb einer einzigen Partei ausgetragen wird: der ÖVP. Den Anfang machten die Schwarzen in der „grünen Mark“, deren damaliger Landesparteigeschäftsführer Andreas Schnider bereits 2004 eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis 14 Jahre forderte. Was damals noch für Empörung bei ParteikollegInnen sorgte, ist heute nicht nur einhellige Meinung der steiermärkischen ÖVP, sondern wird auch vom Tiroler ÖVP-Landeshauptmann Herwig van Staa unterstützt. Für eine Art „Gesamtschule light“ in Form einer Verlängerung der Volksschule um zwei Jahre treten außerdem die ÖVP-Landeshauptmänner Ober- und Niederösterreichs ein.

Das größte Bollwerk gegen jedes Rütteln am zweigliedrigen Schulsystem ab dem Alter von 10 Jahren ist aber auch in der ÖVP zu finden: die ÖVP-dominierte LehrerInnengewerkschaft, und hier vor allem diejenigen der Gymnasien und sogenannten höheren Schulen. So präsentierte die Vorsitzende der AHS-LehrerInnengewerkschaft, Eva Scholik, gemeinsam mit dem katholischen Familienverband eine Anti-Gesamtschulinitiative unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt.“ Für Vielfalt sind also alle, bezeichnet die neue SPÖ-Bildungsministerin Claudia Schmied die von ihr geplanten Modellgesamtschulen als „gemeinsame Schule der Vielfalt“.

Hintergrund: LehrerInnenausbildung

Hintergrund des Widerstands der LehrerInnengewerkschaft dürfte denn auch weniger die Ablehnung der Schulform an sich, also vielmehr die Aufrechterhaltung eines Drei-Klassen-Systems bei Ausbildung und Bezahlung pädagogischer Berufe sein. Wieder beginnt die Misere in Österreich bereits im Kindergarten: Im Unterschied zu skandinavischen Ländern wie Finnland oder Schweden ist der Beruf des/der KindergärtnerIn in Österreich nicht mit einer akademischen Ausbildung verbunden. Aber auch danach ist in Österreich mit „Differenzierung“ nicht Schluss: Obwohl die Pädagogischen Akademien seit kurzem als

„Pädagogische Hochschulen“ firmieren, wurde die Gelegenheit zur Vereinheitlichung der LehrerInnenausbildung im Zuge dieser Umstellung verpasst. So verdienen LehrerInnen in Hauptschulen – trotz formal gleichen Lehrplans und teilweise größeren pädagogischen Herausforderungen – immer noch weniger als ihre KollegInnen in der AHS-Unterstufe – und beide werden noch immer nicht gemeinsam ausgebildet.

Zumindest im Kindergartenbereich sieht aber inzwischen auch ÖVP-Wissenschaftsminister Johannes Hahn Änderungsbedarf und präsentierte jüngst in einem Fernsehinterview seine Vorstellungen: „Die Pädagogischen Hochschulen bieten eine allgemeine pädagogische Ausbildung an, die im ersten Studienabschnitt für alle gleich ist. Im zweiten Abschnitt, der eben zu gestalten wäre, folgt dann die Spezialisierung auf den Kindergarten, die Volksschule oder die Hauptschule.“ An der Trennung zwischen Hauptschul- und AHS-LehrerInnen will Hahn damit aber offensichtlich weiter festhalten.

„Keine Option“

Dass die größte Hürde am Weg zu einer gemeinsamen Schule der 10 bis 14jährigen aber genau in der uneinheitlichen LehrerInnenausbildung liegen dürfte, beweist ein Blick auf einzelne Schulen, die für Gesamtschulversuche im Gespräch sind. Auch dort verlaufen die Fronten zwischen AHS und Hauptschule, wie die Forderung nach Zusammenlegung einer Hauptschule mit einem unmittelbar angrenzenden Gymnasium in Linz gezeigt hat: Während die Verantwortlichen an der Hauptschule den Vorschlag begrüßten, ließ die Direktorin des Gymnasiums über die Medien ausrichten, für ihre Schule sei das „keine Option.“

Es gibt aber auch Kritik an den von Ministerin Schmied geplanten „Modellgesamtschulen“ aus einer ganz anderen Ecke, nämlich aus jener der GesamtschulbefürworterInnen. Sie befürchten, dass durch das Nebeneinander von Gymnasien, Haupt- und Gesamtschulen das zweigliedrige in ein dreigliedriges System verschlimmbessert wird. Genährt werden ihre Befürchtungen unter anderem auch vom Erfinder der PISA-Studie, dem OECD-Bildungsforscher Andreas Schleicher, der im Interview mit dem Standard eine flächendeckende Einführung bevorzugt: „Länder wie England, Finnland oder Schweden, haben seit den 1960er-Jahren das gesamte Schulsystem umgestellt und damit Erfolg gehabt. Deutschland hat ein neues Schulmodell als zusätzliche Schulform geschaffen. Letzteres ist der schwierigere Weg, und es besteht die Gefahr [...] es bei einer organisatorischen Veränderung zu belassen, ohne die hinter dem Schulsystem stehenden Anreiz- und Unterstützungssysteme zu verändern, was für den Erfolg entscheidend ist.“

Info-Box: Studien für „Bildung auf einen Blick“

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeichnet sich für beide internationalen Bildungsstudien verantwortlich, die (nicht nur) in Österreich das Thema Bildungsreform ganz oben auf der politische Agenda platziert haben: Einerseits wurden im Rahmen des „Programme for International Student Assessment“ (PISA) die Leistungen von SchülerInnen verglichen, andererseits liefert die Studie „Education at a Glance“ („Bildung auf einen Blick“) seit über zehn Jahren einen Überblick über die verschiedensten Bildungskennzahlen der OECD-Mitgliedsländer.